

Helene Füllgraf, DIE LINKE, Bayern

Grüße sie,

Die derzeitige Rentensituation und vor allem die geplante Entwicklung sind unerträglich. Die geplanten Änderungen sind weder für die Älteren noch für junge Menschen tragbar. Dem ist politisch entgegenzuwirken. Dafür will ich mich einsetzen. Im Folgendem finden sie meine Antworten.

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

**Ja**

Das Rentenniveau der gesetzlichen Rente muss im ersten Schritt wieder auf 53 Prozent erhöht werden. Die Renten müssen für alle spürbar steigen.

2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

**Ja**

Kein Mensch soll im Alter von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Diese ist derzeit bei Minimum 1.050 Euro. Was schon grenzwertig gering ist. Unser Ziel lautet: Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Darunterliegende Renten sind aufzustocken. Einer Lohnpolitik, die schon Altersarmut vorprogrammiert, ist entgegen zu wirken. Faire Löhne sind ein wichtiger Grundstock gegen Altersarmut.

3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

**Ja**

Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung: Die Dreiteilung ist gescheitert. Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen und Manager und Managerinnen sollen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Für Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt werden.

4. **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

**Ja,.**

Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen. Individuell erworbene Rentenansprüche können auf das persönliche Rentenkonto bei der Rentenversicherung übertragen werden. Die staatlichen Subventionen von über drei Milliarden Euro jährlich werden wir abschließen und die Zuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung entsprechend erhöhen.

Die Parität der Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung ist wieder herzustellen. Es kann nicht angehen, dass Arbeitnehmer höher belastet werden.

Unsere solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft und wird aus Steuern finanziert.

Wir werden mit deutlich höheren Vermögensfreibeträgen sicherstellen, dass soziale Härten vermieden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt.

5. **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

**Ja,.**

- Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden.
- Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen.
- Wir werden die Doppelverbeitragung mit Krankenversicherungsbeiträgen bei betrieblicher Altersvorsorge sofort beenden.
- Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen
- Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden. Wir fordern bereits seit Jahren eine zügige Angleichung an das Westniveau.

Mit freundlichen Grüßen  
Helene Füllgraf  
Die Linke Bayern